

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 **Mindestabstände zwischen Wohnen und belastender Industrie/Bundes-**
4 **Immissionsschutzgesetz-Betrieben (BlmSchG-Betriebe)**

5
6 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemo-
7 kratischen Senatsmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass die Genehmigung belas-
8 tender Betriebe, insbesondere sogenannter BlmSchG-Betriebe, in der Stadtgemeinde
9 Bremen nur noch mit einem einheitlichen Mindestabstand zur nächstgelegenen
10 Wohnbebauung und nach einheitlichen Kriterien erfolgt.

11 Diese Zielsetzung soll bereits in den in der Neuaufstellung befindlichen Flächennut-
12 zungsplan aufgenommen werden.

13 Die direkte Nachbarschaft von Bebauungsplänen, die Industrie bzw. BlmSchG-Betriebe
14 zulassen zu Bebauungsplänen, die Wohnbebauung zulassen, soll dabei abgeschafft
15 werden, indem die Bebauungspläne entsprechend geändert werden. Darüber hinaus
16 ist zu prüfen, auf welchem Weg solche Abstandsregelungen für das Land bzw. die
17 Stadtgemeinde Bremen unabhängig vom konkreten Bebauungsplan rechtswirksam
18 getroffen werden können, um eine schnellere Wirksamkeit für alle Bürgerinnen und
19 Bürger in Bremen zu erreichen.

20 Vorrangiges Ziel ist eine Veränderung der Entwicklungsrichtung der Gewerbe- bzw.
21 Industriegebiete in solchen Randlagen zu bestehender Wohnbebauung, nicht jedoch
22 die Beseitigung bestehender Betriebe.

23 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemo-
24 kratischen Senatsmitglieder auf, auch alle rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergrei-
25 fen, um aktuelle Ansiedlungsvorhaben zu verhindern, die den oben genannten Zielstel-
26 lungen entgegenlaufen. Die Überarbeitung der Bebauungspläne ist in solchen Fällen zu
27 priorisieren. Zugleich sind – soweit solche Vorhaben erwiesenermaßen rechtlich nicht
28 mehr zu verhindern sind - in der Nähe zu Wohnbebauung höhere Sicherheits-
29 Anforderungen an solche Vorhaben zu stellen als in größerer Entfernung zur Wohnbe-
30 bauung.

31
32 **Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.**

33
34
35 ***Zusätzliche Beschlüsse des Parteitags zu der Thematik:***

36
37 ***Der Unterbezirksparteitag fordert gleichzeitig die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die***
38 ***sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, das Gewerbeaufsichtsamt so auszu-***
39 ***statten, dass eine angemessene Kontrolle der BlmSchG-Betriebe sichergestellt ist***

40
41 ***Der Unterbezirksparteitag fordert gleichzeitig die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die***
42 ***sozial-demokratischen Mitglieder des Senats auf, dass für BlmSchG-Betriebe in Ge-***
43 ***nehmungsverfahren und deren Verlängerung das Verbesserungsgebot konsequent***
44 ***angewandt wird und die erreichbaren technologischen Entwicklungen (bspw. Filteran-***
45 ***lagen, Einhausungen, Lärmschutz) umgesetzt werden, um einen bestmöglichen Immis-***
46 ***sionsschutz für die Bevölkerung und die Beschäftigten sicherzustellen.***